



**XI. Deutsch-Koreanisches Forum
10.-12.10.2012, Landkreis Goseong, Gangwon-Provinz**

Zusammenfassung der Vorträge der Sitzungen im Rahmen des XI. Deutsch-Koreanischen Forums vom 11. bis 12. Oktober 2012 im DMZ-Museum im Landkreis Goseong

Zu Beginn der Tagung referierten Herr Dr. Theo Sommer (Editor at large; Wochenzeitung „Die Zeit“) und Herr Prof. emer. Kwangjack Park (SungKyunKwan Universität) über die politische Situation in Deutschland und Südkorea.

In seinem Vortrag ging Herr Dr. Theo Sommer, langjähriger Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“ auf die aktuelle Lage Deutschlands ein. Dabei stellte er fest, dass die deutsche Politik seit über zwei Jahren durch die Wirtschafts- und Finanzkrise überschattet sei. Die Banken-, Konjunktur- und Staatsschuldenkrise in Europa bedrohe nicht nur unmittelbar die 17 Staaten der Eurozone, sondern mittelbar auch – in Form eines Gespenstes – die EU 27 insgesamt. Jedoch sei zum ersten Mal seit drei Jahren eine Aufhellung des Horizonts zu erkennen; Europa kann sich aus der Krise herausarbeiten. Diese These stütze Herr Dr. Sommer u.a. darauf, dass das Bundesverfassungsgericht den ESM als nicht gegen das Grundgesetz verstoßend ansieht. Außerdem sei der Fiskalpakt in Kraft getreten und schließlich wirke sich der Beschluss der EZB, Staatsanleihen von Krisenstaaten aufzukaufen, zumindest kurzfristig positiv auf das Geschehen aus.

Des Weiteren skizzierte Herr Dr. Sommer, dass Deutschland noch vor 10 Jahren als kranker Mann Europas galt. Nicht zuletzt aufgrund signifikanter Reformen, z.B. im Rahmen der Agenda 2010, habe in Deutschland jedoch ein Aufschwung eingesetzt. So gehe beispielsweise das Haushaltsdefizit mit geplanten 18 Milliarden Euro für 2013 kontinuierlich weiter zurück und laufe gegen 0. Außerdem sei die Arbeitslosigkeit auf einem Tiefstand von 6,5 % angelangt und die Steuereinnahmen haben um 13 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Auch die Inflation falle trotz deutlicher Verteuerungen bei Öl und Gas mit 2,1 % moderat aus.

Obwohl der Export in südeuropäische Staaten zusammengebrochen sei, die chinesische Nachfrage nach deutschen Produkten rückläufig und der Geschäftsklimaindex in Deutschland zum wiederholten Male rückläufig sei, ist Deutschland bei ca. 1% Wirtschaftswachstum noch immer der wirtschaftliche Stabilitätsanker Europas.

Festzuhalten sei ebenfalls, dass ca. 1,5 Billionen Euro der deutschen Staatsschulden in Höhe von insgesamt 2,2 Billionen Euro auf die Kosten der Wiedervereinigung zurückzuführen seien. In den kommenden Jahren bis 2019 werde es auch entsprechend weitere Kosten in der Höhe von jährlich ca. 80 Milliarden Euro geben, denn noch immer gäbe es – teils signifikante – Unterschiede zwischen ehemals West- und Ostdeutschland beim Pro-Kopf-Einkommen, der Produktivität, dem Wirtschaftswachstum und der Arbeitslosigkeit.

Fortführend skizzierte Herr Dr. Sommer die Rolle Deutschlands in Europa, die nach Einschätzung – insbesondere auch ausländischer Experten – darin läge, Führungsverantwortung wahrzunehmen. Die Bundeskanzlerin komme dem in ihrer Politik selbst in behutsamer Form nach. Sie sei überzeugte Europäerin und verfolge das Ziel eines europäischen Bundesstaates. Dabei lege sie Wert auf Solidarität, fordere gleichzeitig aber auch Solidität.

Für die Bundestagswahlen 2013 zeigte Herr Dr. Sommer den aktuellen Stand der Meinungsforschung auf und konstatierte, dass sich auf Basis der aktuellen Zahlen eine Große Koalition aus Union und Sozialdemokraten abzeichne. Dies würde auch dem Wunsch eines Großteils der Deutschen entsprechen. Unbestritten werde Deutschland spannenden 12 Monaten bis zur Bundestagswahl entgegen gehen.

Dem gegenüber erläuterte Prof. Kwangjack Park in seinem Vortrag die aktuelle Situation in Korea. Dabei ging er auf die sich aus der topografischen Lage ableitenden Rahmenbedingungen des Landes ein und hob insbesondere auf den anstehenden Regierungswechsel in China ab. So sei anzunehmen, dass die herrschende chinesische Machtelite offenbar das Augenmerk weg von sozialen Problemen im eigenen Land auf Territorialkonflikte mit den unmittelbaren Nachbarn lenke. Beispielhaft nannte Prof. Park den aktuellen Konflikt um eine kleine japanische Inselgruppe, die aus japanischem Privatbesitz in japanischen Staatsbesitz überführt wurde. Im Übrigen sei auch Korea in einen Territorialkonflikt mit Japan bzgl. der Insel Dokdo eingetreten. Dieser Umstand belaste aktuell die Beziehungen der beiden Länder. Ähnlich wie in China, versuche gemäß Prof. Park auch die japanische Machtelite sich mit diesem außenpolitischen Ablenkungsmanöver innenpolitisch zu entlasten. Welche zukünftige Rolle Nordkorea spielen werde sei unklar. In jedem Fall sei das Land ein großer Unsicherheitsfaktor, nicht zuletzt aufgrund seiner Eigenschaft als dynastische Diktatur. Mit der Möglichkeit der politischen Destabilisierung sei immer zu rechnen. Es sei zu hoffen, dass in dem Dreieck-Spiel zwischen Korea, China und Japan statt auf Konflikt und Konfrontation auf Kooperation und regionale Integration gesetzt werde. Mit Blick auf China sei zu hoffen, dass das Land internationalen Normen, insbesondere auch der UN-Menschenrechtskonvention, uneingeschränkt nachkomme und sich zu seinen internationalen Verpflichtungen und seiner sich daraus ergebenden Verantwortung bekennt. Nur so könne China auch das Vertrauen der Nachbarstaaten gewinnen und dauerhaft erhalten.

Im Jahr 2010 habe Korea als Gastgeberland erfolgreich zwei Gipfeltreffen organisiert, den G20 Gipfel sowie das zweite Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit. Im kulturellen Bereich mache Korea seit einiger Zeit mit beeindruckenden Leistungen in Musik, Film und Fernsehen oder im Sport auf sich aufmerksam. Beispielhaft sei hier der sogenannte K-Pop (Korean popular music) erwähnt.

Wirtschaftlich sei die Entwicklung Koreas rasant; das Land sei nun die zehntgrößte Wirtschaftsmacht der Erde. Nach dem Koreakrieg habe diese Entwicklung niemand erahnen können, da selbst

namhafte Wirtschaftsforschungsinstitute nicht davon ausgegangen sind, dass Korea eine solche positive Entwicklung nehme. Kürzlich wurden die Anstrengungen des Landes von den drei großen Rating-Agenturen im Rahmen einer Kreditwürdigkeitsheraufsetzung entsprechend erneut gewürdigt. Jedoch gebe es derzeit auch Themenfelder, die sich nicht günstig entwickelten. Die Lage auf dem Immobilienmarkt mit sinkenden Preisen sei beispielhaft zu nennen.

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Koreas scheine die Bevölkerung des Landes mehr zu erwarten, so dass von einem Machtwechsel auszugehen sei. Die koreanische Politik werde sich in den nächsten Jahrzehnten intensiv mit der steigenden Lebenserwartung bei einem gleichzeitig beispiellosen Rückgang der Geburtenzahlen auseinandersetzen müssen, da ohne Gegenmaßnahmen eine wachsende Altersarmut drohe.

Professor Park äußerte den Wunsch auf die Hoffnung, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen mit dazu beitragen mögen, drohenden gesellschaftlichen Konflikten infolge sozialer Polarisierung oder Massenarbeitslosigkeit wirksam vorzubeugen bzw. sie zu mildern. Sofern dies gelänge, werde Korea die globalen Herausforderungen bewältigen und mit neuer Wachstumsdynamik das Ziel einer sozial ausgewogenen Wohlfahrtsgesellschaft erreichen können.

Sitzung 1: Die Finanzkrise und ihre regionalen Auswirkungen sowie Kooperationen (zur Lösungsfindung)

Referent: Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk MdB, Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums

Das Thema dieser Sitzung beschäftigte sich mit der aktuellen europäischen Staatschulden- und Euro-Krise. Die Ursachen der Krise und ihre Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft, mögliche Lösungen und Kooperationen waren Diskussionsgegenstand dieser Sitzung.

In seinem Vortrag betonte Staatssekretär Koschyk die Notwendigkeit der Regulierung der Finanzmärkte und ging dabei detailliert auf die Ursachen der Finanzkrise ein. In diesem Zusammenhang betonte Staatssekretär Koschyk, dass es sowohl im Vorfeld als auch während der koreanischen G20-Präsidentschaft (2010) intensive Abstimmungen mit der koreanischen Regierung gab, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der umfangreichen Erfahrungswerte, über die Korea aus der Asienkrise verfüge.

„Was können wir aus der Krise lernen?“ Der Sachverhalt sei zwar differenzierter, aber im Grunde genommen müsse jetzt umgesetzt werden, was an Erkenntnissen aus der Lateinamerika- und der Asienkrise gewonnen wurde.

Staatssekretär Koschyk betonte die Opferbereitschaft des koreanischen Volkes im Zuge der Asienkrise, z. B. im Rahmen der freiwilligen Goldsammelaktion der Bevölkerung, um wieder Währungsreserven anlegen und Kreditfähigkeit zurückzugewinnen zu können. Dies sei sehr beeindruckend, wenngleich in den europäischen Staaten aktuell nicht vorstellbar. Europa habe jedoch eine Strategie aus der Krise: Solidarität „ja“, im Rahmen des ESM, bei gleichzeitiger Solidität als Voraussetzung. So müssen Krisenländer substantielle Anstrengungen unternehmen, um ihre

Volkswirtschaften wieder zu gesunden. Wer sich unter das Regime der sogenannten Troika aus EU, IWF und EZB begeben, habe Anspruch auf Solidarität. Die EZB werde jedoch nur dann am Sekundärmarkt intervenieren und Staatsanleihen von Krisenländern kaufen, wenn ein Programmland sich dem Regime der Troika unterwerfe.

Außerdem sei gemäß Staatssekretär Koschyk das politische Rahmenwerk zu erweitern, da es bei Einführung der europäischen Währung unterentwickelt gewesen sei. Auch Deutschland müsse selbstkritischer werden. So sei beispielsweise die Bereitschaft zu Kontrollen bzgl. zugemeldeter Zahlen durch die Europäische Kommission zu bedenken. Des Weiteren seien Sanktionsmechanismen zu verschärfen, z. B. im Rahmen von Restriktionen hinsichtlich Mitteln aus europäischen Fonds. Eine Weiterentwicklung des Regelwerkes sei unumgänglich. Diesbezüglich bewege sich die Bundesregierung in einem engen verfassungsrechtlichen Rahmen. So müssten alle Themen durch das Parlament und den Bundesrat verabschiedet werden. Nicht zuletzt sei dies auch immer mit Milliardenaufwendungen i.R. der Konsensfindung verbunden. Sicherzustellen sei jedoch unbedingt, dass bei einer Kompetenzabgabe an Brüssel das Mitwirkungsrecht des nationalen Parlaments weiterhin möglich sei.

Weitere Brennpunkte der Krise seien gemäß Staatssekretär Koschyk das amerikanische Haushaltsdefizit, das mit großer Wahrscheinlichkeit nach den Wahlen in den USA mit Wucht zutage treten werde. Dies werde ebenso wie die schwierige Lage der japanischen Staatsfinanzen negative wirtschaftliche Folgen für die Weltwirtschaft haben. Die aktuelle Krise sei also keinesfalls eine rein europäische Krise.

Weiterhin führte Staatssekretär Koschyk aus, dass Krisen noch vor 30 oder 20 Jahren keine globale Auswirkung gehabt hätten. Dies sei nun auch aufgrund der vernetzten Märkte anders. Deutschland sei daher weiterhin Verfechter weiterer Regulierungen der Finanzmärkte, z. B. im Rahmen einer Finanztransaktionssteuer. So treibe Deutschland u. a. die Regulierung des Hochfrequenzhandels an den Börsen voran. Da sich Regulierungsprojekte nur gemeinsam weltweit umsetzen und bewältigen lassen, könne dies u. a. ein Thema der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Korea sein.

Referent: Dr. Deok Ryong Yoon (Korea Institute for International Economic Policy)

In seinem Vortrag skizzierte Herr Dr. Yoon die Entstehung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihrem Ursprung in der amerikanischen Hypothekenkrise. Daran anschließend stellte Dr. Yoon die Verbindung zur europäischen Banken- und zur Staatsschuldenkrise her. Darauf aufbauend erörterte Herr Dr. Yoon die Auswirkungen auf die koreanische Wirtschaft und stellte die immer stärker steigende Volatilität auf dem koreanischen Finanzmarkt dar. Aufgrund wirkungsvoller Maßnahmen konnten sowohl Korea wie auch Deutschland schnell aus der Krise geführt werden. Beide Länder zählten zu der Gruppe von Ländern, die zügig Gegenmaßnahmen eingeleitet hatten.

Eine Lösung der Situation sehe Herr Dr. Yoon in einem gemeinsamen Ansatz, einer Kooperation. Nur so könne die kurzfristige Volatilität an den Märkten reduziert werden, um so die makroökonomische Unsicherheit einzudämmen. Konkret schlage er seitens Korea eine Kooperation zwischen den Zentralbanken, z. B. im Rahmen eines Swap-Abkommens, und die Verfolgung weiterer Handelsabkommen vor, um so Korea als Stützpunkt für Kapitalinvestitionen, etwa in China, zu etablieren.

Sitzung 2: Politische Agenda vor anstehenden Wahlen im Rahmen demokratischer Regierungsverantwortung (demokratischer Lenkungsstrukturen)

In der 2. Sitzung diskutierte der koreanische Referent die verschiedenen Kampagnen, Ausblicke und Auswirkungen der koreanischen Präsidentschaftswahl 2012. Der deutsche Referent fokussierte hingegen auf die Bundestagswahl 2013 sowie deren politische Auswirkungen.

Referent Dr. Hakjoon Kim, Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums

Professor Kim erläuterte im Rahmen seines Vortrages die politische Lage Koreas im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl, die am 19. Dezember 2012 stattfindet. Vor diesem Hintergrund stellte er die zur Wahl stehenden Kandidaten der großen Parteien, Park Geunhye und Moon Jae-in, vor. Außerdem kandidiert der parteilose Professor Ahn Cheol-soo. Moon und Ahn haben bei den 20- bis 40-Jährigen große Sympathiewerte und gelten als progressive Kandidaten. Es sei daher davon auszugehen, dass beide zu zweit gegen Park antreten werden. Park, als eher konservativ einzuschätzende Kandidatin, verfüge hingegen über eine solide Wählerschaft, insbesondere bei den Älteren über 50. Entscheidend für die Wahl werden gemäß Professor Kim einerseits Seoul und die Gyeonggi-Provinz – in ihrer Rolle als wichtige Wahlkreise – sein, andererseits aber auch die Wähler in den 30'er und 40'er Jahren.

Die Programmatik der Kandidaten konvergiere gemäß Professor Kim in vielen Punkten; die Wahlversprechen der beiden Lager überschneiden sich. So setzen alle Kandidaten auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Alle Kandidaten würden ihren Schwerpunkt mehr auf Verteilung und Wohlstand als auf Wachstum legen. Den innerkoreanischen Beziehungen und der Wiedervereinigung würde von allen Kandidaten jedoch nur eine niedrige Priorität eingeräumt.

Gemäß Professor Kim befindet sich die Demokratie Koreas in einer Phase der Konsolidierung. Es werde nicht zu einer Umkehr oder einem Abbau von Demokratie kommen. Zukünftig werden politische Entscheidungen nicht mehr nur im Rahmen einer Prozess-Demokratie und einer institutionalisierten Demokratie, sondern auch eine feste Verankerung als pragmatische Demokratie erfahren. Konkret bedeute dies die Verringerung der Unterschiede zwischen Armen und Reichen und damit die Überwindung der gesellschaftlichen Polarisierung. Die innerkoreanischen Beziehungen werden sich eher in Richtung Dialog und Entspannung als in Richtung neuerlicher Spannungen und Konfrontationen entwickeln. Es werde erwartet, dass Nordkorea unter der Führung von Kim Jeong-Un auf eine solche Linie einschwenken werde.

Referent Parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller MdB, Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe

In seinem Vortrag ging Herr Müller auf die aktuelle politische Lage in Deutschland ein, die aktuell insbesondere durch die Stabilität des Euro geprägt sei. Festzuhalten sei, dass es keine Krise des Euro gebe; der Innen- und Außenwert der Währung sei nicht problematisch. Es gebe aber eine Krise einzelner Euro-Länder, z. B. aufgrund zu hoher Staatsverschuldung und zu geringer Wettbewerbsfähigkeit.

Parallel dazu sei aktuell eine breite Diskussion in der Gesellschaft festzustellen, ob im Rahmen der europäischen Staatsverschuldungskrise Hilfe durch Deutschland zu leisten sei oder nicht. Alle bislang

verabschiedeten Hilfsmaßnahmen haben im Bundestag große Zustimmung erfahren, auch bei fast allen Oppositionsparteien. Dem gegenüber stoßen diese Maßnahmen großenteils auf Ablehnung bei der Bevölkerung. Dennoch ist klar festzuhalten, dass keine politische Kraft den Euro in Frage stellt.

Das gesellschaftliche Interesse betreffe gemäß Herrn Müller die Sorge hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, da das Wirtschaftswachstum 2012 gerade 1% (etwas darunter) und das Wirtschaftswachstum 2013 ebenfalls ca. 1% (etwas darüber) betragen werde. Damit würden insbesondere wachsende Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen in Verbindung gebracht. Aktuell sei die Sorge der Bevölkerung jedoch nicht wahlkampfrelevant, da die Wirtschaft noch sehr gut funktioniert.

Herr Müller führte außerdem aus, dass 2013 eine ganze Reihe wichtiger Wahlen in Deutschland stattfinden werden. So stünden die Landtagswahlen in Niedersachsen im Januar 2013 bevor und im September 2013 die Landtagswahlen in Bayern, denen unmittelbar die Bundestagswahlen 2013 folgten. Hinzu kämen im Mai 2014 noch die Europaparlamentswahlen.

Im Anschluss erörterte Herr Müller mögliche politische Konstellationen nach der Bundestagswahl 2013 auf Basis aktueller Zahlen zu den Parteien der Meinungsforschungsinstitute. Demnach sei derzeit rechnerisch lediglich eine große Koalition möglich. Ob die neue politische Kraft „Piraten“, die sich insbesondere über das Thema „Freiheit im Internet“ definiere, nach ersten Wahlerfolgen in den Bundesländern nun auch in den Bundestag einziehen werde, sei offen. Die Entwicklung bis zur Wahl werde volatil betrachtet.

Abschließend informiert Herr Müller über die nächsten Monate bis zur Bundestagswahl 2013. Es gebe eine politische Agenda, die die Themen Euro-Stabilität, Konsolidierung der Staatsfinanzen und Energiewende beinhalte. Hinzu komme die intensive Diskussion über die Themen Altersarmut sowie zur Frage „Wie geht es institutionell in der Europäischen Union weiter?“.

Sitzung 3.1.: Energie und Energie-Diplomatie

Diese Sitzung befasst sich mit dem Thema Energie und zugehörigen außenpolitischen Aspekten im Rahmen der Energieversorgung Deutschlands und Koreas: Beide Länder liegen geographisch betrachtet in der Nachbarschaft Russlands. Deutschland ist abhängig von russischen Gaslieferungen. Russland plant eine Ausweitung des Gasgeschäfts durch den Bau einer Pipeline auf die koreanische Halbinsel.

Referent: Dr. Volker Deville (Senior Executive Vice President Allianz SE)

Herr Dr. Deville stellt in seinem Vortrag Sicht und Überlegungen eines international agierenden Versicherungskonzerns zum Thema dar. Dies geschehe vor dem Hintergrund, dass insbesondere die Klimaerwärmung – befeuert durch Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO₂) – für massive Schäden Sorge, z. B. in Form von Naturkatastrophen. Diese seien wiederum durch Versicherungsunternehmen zu decken. Es liege entsprechend in der Natur der Sache, für eine Energiepolitik einzutreten, die eine Senkung von Treibhausgasen mit sich bringe. Energiediplomatie umfasse aus Sicht eines Versicherers

daher drei Punkte: Eigeninteressen, strategische Interessen außerhalb Deutschlands und Werkzeuge, um mit diesen unterschiedlichen Interessenslagen umzugehen.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags geht Herr Dr. Deville insbesondere auf die deutsche Lage ein und skizziert die aktuelle Situation bis hin zum Ziel des kompletten Atomausstiegs im Jahr 2022. So sei es das Ziel, die gesamten Nuklearkapazitäten sukzessive durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Parallel dazu sei unabdingbar, den Energieverbrauch fortwährend – im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses – zu reduzieren. Dennoch sei es erforderlich, große Projekte voranzutreiben, ohne die der Atomausstieg nicht gelänge. Hier erwähnte er insbesondere die Erneuerung des deutschen Netzes, um die maßgeblich im Norden erzeugte Energie in die industriellen Zentren im Süden der Bundesrepublik transportieren zu können. Gemäß Herrn Dr. Deville befände sich Deutschland aktuell inmitten der Transformation.

Herr Dr. Deville fährt fort und erläutert, dass Deutschland aktuell 75% seines Energiebedarfs importiere. Der größte Lieferant sei Russland, gefolgt von den Erdöl- und Erdgasproduzenten des Mittleren Ostens. Ziel müsse es daher sein, die Energieversorgung – hinsichtlich Art, Quelle und Transport – zu diversifizieren. Zu ergänzen seien die Bemühungen um eine nachhaltige Versorgungssicherheit, den Import von erneuerbaren Energien (Stichwort „Desertec“) sowie den Dialog mit großen Energieverbrauchern, speziell mit Schwellenländern wie China und Indien. Nur auf diese Weise sei eine globale Reduzierung des Energieverbrauchs insgesamt möglich.

Zum Thema Erdgas führt Herr Dr. Deville aus, dass jährlich ca. 3,3 Milliarden m³ Erdgas produziert würden. Davon allein in Russland 18%. Die deutschen Importe stützen sich zu 20% auf Erdgaslieferungen aus Russland. Es bestehe eine große Abhängigkeit von Russland. Andererseits sei Deutschland auch der größte Kunde Russlands bzw. des russischen Gaslieferanten Gazprom. Die Interessen beider Seiten seien jedoch im Zuge des Baus der Northstream-Pipeline durch die Ostsee gewahrt.

Referent: Dr. Young Seok Moon (Vizepräsident Korea Energy Economics Institute KEEI)

Dr. Moon geht in seinem Vortrag auf die energiepolitischen Überlegungen Südkoreas ein und erläutert exemplarisch am Beispiel der Erdgasversorgung die aktuelle Situation. Nachdem der Gasverbrauch in Europa konjunkturbedingt zurückgehe, steige die Bedeutung von Erdgas signifikant. Die Nachfrage steige in Asien am schnellsten, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Da die Erdgasvorkommen in Indonesien und Malaysia beinahe ausgeschöpft seien, rückt Russland als Gaslieferant weiter in den Fokus der Energiebeschaffung. Südkorea bewege sich in einem Spannungsfeld, das die Unsicherheit durch eine russische Gasversorgung, die amerikanische Schiefergasförderung und dessen Export nach Asien, die mittelasiatische Erdgasversorgung nach China sowie die Verzögerung der Entwicklung der Gasförderung im fernöstlichen Teil Russlands umfasse.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages erläutert Herr Dr. Moon die Vor- und Nachteile eines möglichen Pipelineprojektes zur Versorgung Südkoreas mit russischem Erdgas. Das Projekt biete viele positive Seiten. Jedoch sei auch klar, dass die Pipeline durch Nordkorea führen müsste, was mit entsprechenden nordkoreanischen Risiken behaftet sei, z.B. dem nordkoreanischen Nuklearrisiko. Jedoch sei klar, dass Russland einen stabilen Absatzmarkt für seine Erdgasproduktion benötige. Der

Druck aus Europa in Bezug auf Lieferbedingungen und Senkung der Lieferpreise werde es für Russland unabdingbar machen, in Asien neue Märkte zu erschließen und seinen Erdgasabsatz in dieser Region deutlich zu erhöhen.

Aus südkoreanischer Sicht sei gemäß Dr. Moon festzuhalten, dass ebenfalls an einer Diversifizierung der Energieversorgung gearbeitet werde. Südkorea verfolge dabei das Ziel, dies im Rahmen multilateraler Kooperation und Koordination umzusetzen.

Sitzung 3.2.: Gender und Innovation im Hochschulbereich

In der Arbeitsgruppe „Gender and Innovation in Higher Education“ wurde insbesondere die Situation der Bildungslandschaft und der Anteil der weiblichen Akademikerinnen in beiden Ländern beleuchtet.

Referentin: Barbara Höll MdB, Mitglied der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe

Frau Höll betonte, dass das Thema Bildung ein wichtiges Thema für Deutschland sei. Noch sei die Ausbildung größtenteils kostenfrei. In einigen Bundesländern würden Gebühren erhoben. Im Gegensatz zu Korea ist der Anteil der Abiturienten relativ gering. Das sei dem Umstand geschuldet, dass andere Ausbildungswege, wie der über die Lehre zum Meister, ebenso anerkannt seien. Dennoch sei die Tatsache, dass nicht einmal 10% der Studenten aus bildungsfernen Schichten stammten, und über 50% der Studenten während ihres Studiums arbeiten müssen, problematisch.

In einem zweiten Kapitel ging Frau Höll insbesondere auf den Genderaspekt in der Forschungslandschaft ein. 51,7 % aller Bachelor-Absolventen und 44,1 % aller Promovenden sind weiblich. Aber nur 18,2% aller Professurstellen sind mit Frauen besetzt. Das zeige, dass viele Frauen nach dem Studium die Forschungslandschaft verlassen. Zahlreiche Gründe, wie Vereinbarkeit von Familie und Arbeit seien verhindernde Faktoren. Angesichts der demografischen Entwicklung sei das aber nicht mehr verantwortbar. Zudem würde dadurch Frauen der Zugang zu Einflussmöglichkeit, Verdienst und Prestige erschwert.

Referentin: Cho Kisuk, Professorin an der Ehwa Frauenuniversität

Frau Prof. Cho berichtete über den großen Leistungsdruck und die Konkurrenzsituation, dem die Schüler in Korea ausgesetzt sind, wenn sie auf eine der Eliteuniversitäten wollen. Der „run“ auf die Top 5 Universitäten ist damit begründet, dass ein Abschluss an einer dieser Institutionen gute Arbeitsaussichten und damit gute Verdienstmöglichkeiten bedeutet. Um die Wettbewerbssituation zu entzerren, empfiehlt Professor Cho einen Paradigmenwechsel. Derzeit sind 80 % der Universitäten in privater Trägerschaft und lediglich 20 % der Universitäten sind staatlich. Eine Umkehrung dieses Verhältnisses sei anzustreben. Gelder der Regierung sollten vermehrt in staatliche Universitäten, insbesondere auf dem Land, fließen. Außerdem sollten die Studiengebühren halbiert werden, um auch Schülern aus ärmeren Familien den Zugang zu den Universitäten zu erleichtern.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe waren sich einig, dass in Deutschland wie in Korea der Anteil der weiblichen Professoren erhöht werden muss und dass Bildung nicht einkommensabhängig sein darf.

Spezielle Förderung von Schülern aus sozial- bzw. finanzschwachen Schichten sind notwendig. In Deutschland hat eine Hochschulreform im Zuge des Bologna-Prozesses stattgefunden. In Korea sei eine Reform noch nicht eingeläutet, aber anzustreben.

Session 3.3. Sozialversicherungssystem und Wiedervereinigung; Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

Referentin: Marlies Volkmer MdB, Mitglied der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe

Frau Volkmer unterstrich eingangs den großen Systemunterschied der beiden deutschen Staaten zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. In der DDR waren die Versicherungen gesamtheitlich gewerkschaftlich organisiert, und mit 20 % bei max. 600 Mark Bemessungsgrenze sehr günstig angeboten. In der BRD wurden die einzelnen Komponenten der Sozialversicherungen separat und marktwirtschaftlich organisiert. Der Staatsvertrag zur Integration der Sozialsysteme der DDR in ein vereintes Deutschland wurde Anfang 1990 verhandelt, erste Anpassungen fanden bereits vor der Wiedervereinigung statt. Nur die Renten wurden erst später und schrittweise angeglichen (im Ergebnis heute Rentenniveau 84%). Bei der Zusammenführung der beiden Gesundheitssysteme wurden die effizienten Strukturen der Polikliniken (Verbund von Fachärzten) in Ostdeutschland aufgegeben, eine Entwicklung, die erst in den letzten Jahren wieder rückläufig war. Insgesamt war die Integration der Sozialsysteme bereits 1993 abgeschlossen.

Die Anpassungskrise der Wirtschaft in den neuen Bundesländern erfolgte durch 1:1 Umrechnung von Löhnen und Gehältern bei mangelnder Produktivität. Es folgte eine plötzliche, hohe Arbeitslosigkeit mit dem Ergebnis, dass die Mehrheit der Arbeitnehmer nicht mehr in ihrem ursprünglichen Berufsfeld tätig war. Entscheidend für eine erfolgreiche Integration von Sozialsystemen seien das Niveau der Absicherung und die Wirtschaftsleistung. Der Schlüssel hierzu seien Investitionen in Ausbildung, Kinderbetreuung und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

Referent: Prof. Jung Jae-Hoon, Frauenuniversität Seoul

Prof. Jung Jae-Hoon fasste den Vortrag von Frau Volkmer zusammen und führte ihn mit eigenen Schlussfolgerungen für Korea fort: Die Wiedervereinigung sei zwar äußerlich abgeschlossen, man könne jedoch aufgrund der anhaltenden strukturellen Unterschiede argumentieren, die Wiedervereinigung und Integration der Sozialsysteme finde weiterhin statt. Die sozialpolitische Wiedervereinigung sei aber ganz maßgeblich durch die Integration der Sozialversicherungssysteme erreicht worden. In letzter Zeit lerne das vereinte Deutschland auch zunehmend von den Erfahrungswerten aus der DDR (Stichwort: Polikliniken). Man müsse sich die Frage stellen, ob Südkorea sein Sozialversicherungssystem auf Nordkorea übertragen könnte. Aus seiner Sicht sei dies nicht möglich. In Deutschland bestand Rechtsanspruch auf Sozialabsicherung, im koreanischen Beispiel sei dies nicht abzusehen. In Deutschland seien sozialstaatliche Leistungen ein Kulturgut, in Korea hingegen nicht. Auch die Systemkonkurrenz wie in Deutschland bestehe zwischen Nord- und Südkorea nicht.

Das Argument nicht zu bewältigender Kosten aus der Vereinigung der Sozialsysteme sei für Korea nicht zutreffend – es bestehe schließlich keine Notwendigkeit, das deutsche Beispiel zu wiederholen – und tauche ganz wesentlich im Lager der Wiedervereinigungsskeptiker auf.

Prof. Lee (FU) argumentiert dagegen, dass DDR-Bürger auch nicht vergleichbar eingezahlt hätten, trotzdem aber integriert worden seien. Rechtliche Begründungen greifen daher zu kurz. Prof. Jung erwiderte, dass die DDR-Bevölkerung wegen Ähnlichkeit der Systeme einen moralischen Anspruch abgeleitet habe. Nordkorea verfüge hingegen über keine Art der Sozialversicherung.

Besser machen hätte man laut Frau Volkmer rückblickend einiges bei der Festlegung des Wechselkurses und bei der Privatisierung der DDR-Betriebe durch die Treuhand. Abschließend unterstrich sie die unterschiedliche Ausgangslage im direkten Vergleich zwischen Deutschland und Korea. Nichtsdestotrotz könne Deutschland ein mögliches Modell für den Ausbau des Sozialsystems in Südkorea sein.

Prof. Jung hebt zu Diskussionsende hervor, dass die Menschen in Südkorea grundsätzlich skeptisch sind, was staatliche Strukturen angeht, weswegen eine Verstärkung des Sozialstaats recht umstritten sei. Bei einer möglichen Wiedervereinigung müsse man ansonsten wirtschaftliche Vor- und Nachteile in Gesamtbild vereinigen, und nicht nur auf die Kosten blicken.